

DC/20/I/3/1368

SAPMO

VVS B 2 - 857/76

- 3 -

25.-26.11.1976

Anlage 1

B e r i c h t

über die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages am 25. und 26. November 1976 in Bukarest

1. Tagesordnung

Die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages fand am 25. und 26. November 1976 in Bukarest mit folgender Tagesordnung statt:

- (1) Aktuelle Fragen des weiteren Kampfes für den Frieden und die Vertiefung der internationalen Entspannung, für die Festigung der Sicherheit und der Entwicklung der gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit in Europa;
- (2) Zur Vervollkommnung des Mechanismus der politischen Zusammenarbeit der Organisation des Warschauer Vertrages;
- (3) Bericht des Chefs des Stabes der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages "Über die Erfüllung der auf den Tagungen des Politischen Beratenden Ausschusses 1969 - 1974 angenommenen Beschlüsse über die Vervollkommnung der Militärorganisation des Warschauer Vertrages. Stand und Entwicklung der Vereinten Streitkräfte".

Die Punkte 1 und 2 wurden zusammen behandelt.

2. Ergebnisse der Tagung

Es wurden folgende Dokumente angenommen:

- a) die Deklaration "Für neue Ergebnisse auf dem Wege der internationalen Entspannung, für die Festigung der Sicherheit und die Entwicklung der Zusammenarbeit in Europa";
- b) der Vertragsentwurf über die Verpflichtung der Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz, gegeneinander nicht als erste Kernwaffen anzuwenden, und der entsprechende Appell an diese Staaten;
- c) der Beschluß, als Organe des Politischen Beratenden Ausschusses ein Komitee der Minister für Auswärtige Angelegenheiten und ein Vereinigtes Sekretariat zu bilden;

- d) der interne Beschluß, in dem festgelegt wird, daß
- der Bericht des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte über die bisherige Tätigkeit der militärischen Führungsorgane der Organisation des Warschauer Vertrages zustimmend zur Kenntnis genommen wird;
 - die dargelegten Maßnahmen zur weiteren Entwicklung der Vereinten Streitkräfte, Erhöhung der Gefechtsbereitschaft sowie Einführung moderner Bewaffnung und Ausrüstung gebilligt werden sowie
 - zur Vervollkommnung der Organisationsstruktur der Führungsorgane der Vereinten Streitkräfte das Komitee der Verteidigungsminister der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages die Vorschläge des Oberkommandierenden prüfen soll;
- e) das Kommuniqué der Tagung.

3) Bewertung der Ergebnisse

Mit der gemeinsamen Deklaration wurden die Positionen der Staaten des Warschauer Vertrages zu den Hauptfragen der europäischen und internationalen Politik gestärkt. Die Deklaration demonstriert erneut das prinzipielle und zugleich konstruktive Herangehen der Staaten des Warschauer Vertrages an die Lösung europäischer und internationaler Probleme. Diese Initiative eröffnet neue Ansatzpunkte, um breite politische Kräfte in stärkerem Maße als bisher zu mobilisieren.

Nachdem die von der Organisation des Warschauer Vertrages auf ihrer Tagung 1966 gestellten Ziele im wesentlichen erreicht und auf dem XXV. Parteitag der KPdSU und den Parteitagen der anderen Bruderparteien sowie der Berliner Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien die grundlegenden Aufgaben für die nächste Etappe des Kampfes um Frieden und Sicherheit festgelegt wurden, präzisierte diese Tagung in der Deklaration die konkreten Schritte für ihre Durchsetzung, insbesondere für die weitere Realisierung der Schlußakte von Helsinki. Mit der Deklaration sichern sich die Staaten des Warschauer Vertrages weiterhin die Initiative bei der Durchsetzung der friedlichen Koexistenz und begegnen wirksam der Taktik der imperialistischen Staaten, die Auseinandersetzung auf ihnen genehme Fragen abzudrängen.

Der Appell an die übrigen Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz und der Entwurf eines Vertrages, nicht als erste gegeneinander Kernwaffen einzusetzen, ist eine gemeinsame neue Initiative zur Festigung der europäischen und internationalen Sicherheit. Entsprechend einem Vorschlag des Genossen Gierek wurde festgelegt, daß die Sowjetunion den Brief und den Vertragsentwurf den Unterzeichnerstaaten der Schlußakte übermittelt.

Der Beschluß über die Bildung des Komitees der Minister für Auswärtige Angelegenheiten und des Vereinigten Sekretariats der Staaten des Warschauer Vertrages ist ein bedeutsamer Schritt zur wirksameren Koordinierung ihres Vorgehens in den internationalen Beziehungen. Damit konnte eine Maßnahme durchgesetzt werden, die die Staaten des Warschauer Vertrages - mit Ausnahme der SRR - seit Jahren anstrebten. Mit der Bildung dieser Organe und der Bestimmung ihrer Aufgaben und Arbeitsweise wird es in Zukunft besser als in der Vergangenheit möglich sein, durch regelmäßige Beratungen gemeinsame Positionen in internationalen Fragen und entsprechende praktische Maßnahmen festzulegen. Genosse Gierek schlug vor, als festen Termin für die Tagung des Außenministerkomitees jeweils Anfang des Jahres vorzusehen. Es ist beabsichtigt, die erste Sitzung im März 1977 durchzuführen.

Die Tagung verlief in einer offenen, sachlichen und freundschaftlichen Atmosphäre. Sie war bestimmt von dem Streben der Teilnehmerstaaten, ihr weiteres koordiniertes Vorgehen in den europäischen und internationalen Fragen abzustimmen und festzulegen. Auch seitens der SRR trat das Bemühen deutlicher als auf den vorangegangenen Beratungen der Staaten des Warschauer Vertrages hervor, eine konstruktivere Haltung einzunehmen, wobei auch weiterhin an bekannten Sonderpositionen festgehalten wurde. In diesem, die Interessen der Gemeinschaft stärker berücksichtigenden Auftreten der SRR widerspiegelt sich die günstige Wirkung des unmittelbar vor der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses erfolgten Besuches des Genossen L. I. Breshnew.

4. Inhalt des Meinungsaustausches

Auf der Tagung wurde der Meinungsaustausch über die gegenwärtige internationale Lage mit der Erörterung von Aufgaben im weiteren Kampf für Frieden und Sicherheit, speziell in Europa, verbunden. In den Reden der Delegationen der UdSSR, der VRB, der UVR, der DDR, der VRP und der CSSR zeigte sich völlige Überein-

stimmung der Standpunkte bezüglich der gegenwärtigen internationalen Lage und den sich daraus ergebenden Aufgaben. Diese Delegationen würdigten die hervorragende Rolle der KPdSU, der UdSSR und des Genossen L. I. Breshnew im Kampf um Frieden und Sicherheit. Auch in der Rede des Genossen Ceausescu wurde diese Rolle gewürdigt.

Der Verlauf der Tagung wurde maßgeblich durch die Ausführungen des Genossen L. I. Breshnew bestimmt, der zu Beginn das Wort ergriff.

Mit Ausnahme der SRR stimmten alle Delegationen ausdrücklich den Darlegungen des Genossen L. I. Breshnew zu.

Die Rede des Genossen E. Honecker wurde mit großem Interesse aufgenommen.

Besondere Aufmerksamkeit fanden seine Ausführungen über die Lage in der BRD nach den Bundestagswahlen sowie die Anregungen für das weitere Vorgehen der sozialistischen Staaten gegenüber der BRD, um durch ein offensives und konstruktives Handeln die realistischen Tendenzen in der Politik der BRD zu fördern und im Interesse des Friedens zu nutzen. In gleicher Weise wurden die Ausführungen über die verstärkten Bestrebungen der BRD, Westberlin in die BRD einzugliedern und damit die Spannungen um diese Stadt zu vertiefen, aufgenommen. Zustimmung fand dabei der Hinweis, durch gemeinsame Anstrengungen den politischen Status Westberlins, wie er im Vierseitigen Abkommen fixiert ist, zu festigen, jegliche Angriffe gegen dieses Abkommen durch abgestimmte Maßnahmen konsequent zurückzuweisen und die direkten Beziehungen zu Westberlin zu entwickeln.

Genosse Gierek

äußerte sich anerkennend über den Stand der Beziehungen der VRP zur DDR und sicherte ausdrücklich volle Unterstützung im Kampf gegen die rechtswidrigen Forderungen der BRD zu. Er drückte seine Genugtuung aus über die vor der Tagung übermittelte Note der DDR zur Aufhebung der bei Gründung des Warschauer Vertrages abgegebenen Erklärung, daß nach der Bildung des "wiedervereinigten Deutschlands" die DDR von den Verpflichtungen befreit wird, die sie vor der Wiedervereinigung in den betreffenden militärisch-politischen Verträgen eingegangen ist. Er wertete diesen Schritt als Ausdruck der untrennbaren Zugehörigkeit der DDR zur sozialistischen Gemeinschaft.

Genosse Husak informierte über den Beitrag der CSSR zur Realisierung des Friedensprogramms und über die imperialistische Politik gegenüber der CSSR. Zu den Wiener Verhandlungen hob er das unmittelbare Interesse der CSSR an Ergebnissen hervor. Hinsichtlich der außenwirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Staaten des Warschauer Vertrages und den kapitalistischen Staaten komme es darauf an, einen höheren Grad der Koordinierung unseres Vorgehens zu erreichen.

Breiten Raum in den Ausführungen des Genossen Shiwkow nahmen die Probleme des Balkans, speziell die Beziehungen Bulgariens zu Griechenland und der Türkei ein. Ausgehend von den Erfahrungen bei der Hilfe für Angola forderte er eine stärkere Koordinierung der Aktivitäten gegenüber den Entwicklungsländern, insbesondere im Rahmen des RGW. In seinem Gespräch mit dem ägyptischen Außenminister Fahmy habe er ausführlich begründet, daß die sozialistischen Staaten, insbesondere die UdSSR, sich immer als die treuesten Freunde erwiesen haben.

Die Rede des Genossen Kadar bezog sich im wesentlichen auf den Beitrag der UVR zur Verwirklichung des Friedensprogramms. Bezüglich Westberlins erklärte er, es gelte, den Führern der BRD deutlich zu machen, daß Westberlin kein Teil der BRD ist und jeder diese Tatsache negierende Schritt die Entspannung stört.

In der Rede des Genossen Ceausescu wurden in einigen Fragen Positionen vertreten, die eine positive Entwicklung erkennen lassen. Dazu gehören das Einverständnis mit der Bildung des Komitees der Außenminister und des Vereinigten Sekretariats, die Würdigung des Besuches des Genossen L. I. Breshnew in der Sozialistischen Republik Rumänien, anerkennende Aussagen über die Rolle der Sowjetunion, eine positive Hervorhebung der Berliner Konferenz und die Verurteilung der auf die Einmischung in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Staaten gerichteten Aktivitäten kapitalistischer Länder. Die bekannten Sonderpositionen wurden in diese Aussagen eingeordnet und mit weniger Vehemenz als auf den vorangegangenen Tagungen vertreten. Es fehlte in der Rede des Genossen Ceausescu eine klare parteiliche Einschätzung der gegenwärtigen internationalen Lage; und zahlreiche der von ihm entwickelten Aufgaben waren sehr allgemein gehalten. Die bisher erreichten Ergebnisse im Entspannungsprozeß wurden von ihm in ihrer Bedeutung abgeschwächt, um damit

34

die Notwendigkeit eigener Vorschläge, insbesondere für Schritte auf dem Gebiet der militärischen Entspannung, zu begründen. Für die Wiener Verhandlungen wurden von ihm neue Initiativen der sozialistischen Staaten gefordert. Bezüglich der Aufgabe des Belgrader Treffens trat er für die Erarbeitung eines neuen Programms praktischer Maßnahmen zur Festigung der Sicherheit und der militärischen Entspannung sowie der weiteren Gestaltung der Zusammenarbeit ein. Die Antwort der EWG auf den Vorschlag des RGW sei zwar nicht befriedigend; es müsse aber trotzdem zu konstruktiven Verhandlungen übergegangen werden, wobei jeder Staat entsprechend seinen spezifischen Fragen vorgehen soll. Hinsichtlich des Komitees der Außenminister der Staaten des Warschauer Vertrages vertrat Genosse Ceausescu den Standpunkt, daß es konsultativen Charakter haben müsse.

Die Arbeit der Redaktionskommission verlief in einer konstruktiven Atmosphäre und hob sich insofern wohltuend von der Arbeitsweise auf vorangegangenen Tagungen ab. Das Auftreten aller Delegationen ließ deren Bestreben deutlich werden, für alle Beteiligten annehmbare Aussagen zu finden. Die von der DDR unterbreiteten Ergänzungsvorschläge zum Deklarationsentwurf wurden berücksichtigt. Sie betrafen eine ausdrückliche Bezugnahme auf den Revanchismus, die Verurteilung der Versuche, die Unverletzlichkeit der Grenzen in Zweifel zu ziehen und vertragswidrige Interpretationen eingegangener Verpflichtungen zu unterlassen. Zur Durchsetzung dieser Vorschläge waren in der Redaktionskommission längere Diskussionen mit den rumänischen Genossen erforderlich. Ihre Vorbehalte waren einerseits verhandlungstaktischer Natur, ließen aber andererseits auch die Befürchtungen erkennen, durch derartige Aussagen ihre Beziehungen zur BRD zu belasten bzw. in Gegensatz zu den Positionen solcher Parteien wie der FKP und der IKP zu geraten.

Anlage 2

S t e l l u n g n a h m e

des Politbüros des ZK der SED und des Ministerrates der DDR
zur Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Staaten des
Warschauer Vertrages am 25. und 26. November 1976 in Bukarest

Das Politbüro des ZK der SED und der Ministerrat der DDR nahmen
Stellung zum Verlauf und zu den Ergebnissen der Tagung des Politischen
Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages,
die am 25. und 26. November 1976 in Bukarest stattfand.

Sie billigten voll und ganz den Bericht sowie die Tätigkeit der vom
Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates,
Genossen Erich Honecker, geleiteten Delegation der DDR. Das Politbüro
des ZK der SED und der Ministerrat der DDR gaben ihre volle Zustimmung
zu den Beschlüssen der Bukarester Tagung des Politischen Beratenden
Ausschusses. Sie unterstrichen die politische Tragweite dieser Tagung
und der auf ihr gefaßten Beschlüsse.

Zehn Jahre sind vergangen, seit die Staaten des Warschauer Vertrages
ihre historische Initiative ergriffen haben, eine Konferenz über
Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa durchzuführen. Diese Friedens-
aktion konnte inzwischen erfolgreich verwirklicht werden. Sie festigte
die Sicherheit, was allen Staaten und Völkern zum Vorteil gereichte.
Die Konferenz von Helsinki schuf eine breite und klar umrissene Plattform
für die Stabilisierung des Friedens und förderte damit nachhaltig
den Prozeß der internationalen Entspannung und der friedlichen Koexistenz
in den Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher gesellschaftlicher
Systeme.

Im November 1976 ergriffen die Staaten des Warschauer Vertrages eine neue Initiative, um folgerichtig und konsequent den Prozeß der Entspannung weiterzuführen und unumkehrbar zu machen, die politische Entspannung durch die militärische zu ergänzen und in Europa und in anderen Teilen der Welt vorhandene Konfliktherde zu beseitigen. Dieses Programm stützt sich auf das bisher Erreichte und weist in die Zukunft. Seine Realisierung dient dazu, den Frieden in Europa und in aller Welt dauerhaft zu gewährleisten.

Die Entspannung, zu der es keine vernünftige Alternative gibt, gilt es sowohl zu einem kontinuierlichen als auch immer lebensfähigeren und allseitigen Prozeß zu machen. Für Europa erfordert das die konsequente Anwendung der in der Schlußakte von Helsinki vereinbarten Prinzipien und Empfehlungen. Wie auf der gesamteuropäischen Staatenkonferenz müssen auch bei der Umsetzung der Schlußakte Vernunft, politischer Realismus und gemeinsamer Nutzen dominieren. Die Schlußakte kann nur als Einheit, unter Berücksichtigung aller ihrer Teile, verwirklicht werden. Übernommene Verpflichtungen sind sorgsam zu behandeln und ihre Verfälschung darf nicht zugelassen werden. So zu handeln, schafft die besten Bedingungen für das Treffen der 35 Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Staatenkonferenz im kommenden Jahr in Belgrad.

Die Fortschritte der politischen Entspannung werden insbesondere durch das von den Kräften des Rüstungskapitals gesteigerte Wettrüsten gefährdet. Deshalb wird die Aufgabe immer dringlicher, der materiellen Kriegsvorbereitung endlich Einhalt zu gebieten. Das dafür von den Staaten des Warschauer Vertrages entwickelte umfassende Programm ist darauf gerichtet, die Bürde der Rüstung ^{zu mindern} und die Gefahr eines verheerenden nuklearen Krieges zu bannen. Es wurde auf der Bukarester Tagung durch eine neue, bedeutungsvolle Initiative bereichert, und zwar den Vorschlag an die übrigen Teilnehmer der gesamteuropäischen Staatenkonferenz, sich in einem Vertrag zu verpflichten, gegenseitig

nicht als erste Kernwaffen anzuwenden. Dieser Vorschlag sollte für alle annehmbar sein; denen an Frieden und Sicherheit gelegen ist.

Das Politbüro des ZK der SED und der Ministerrat der DDR unterstreichen die Feststellung der Bukarester Tagung, daß der Ausbau einer vielseitigen Zusammenarbeit aller Länder und Völker Europas auf den verschiedensten Gebieten ein sicherer Weg zur Festigung des Fundaments des Friedens auf diesem Kontinent ist. Die DDR wird auch in Zukunft in ihren internationalen Beziehungen aktiv in dieser Richtung wirken.

Die Stabilisierung der politischen Entspannung und ihre Ergänzung durch Maßnahmen zur Einstellung des Wettrüstens und zur Abrüstung erfordern eine konsequente Zurückdrängung jener Kräfte, die sich seit jeher der Entspannung entgegenstellen und aus dem Wettrüsten riesige Profite erzielen. Die Kreise des Rüstungskapitals, des Militarismus und des Revanchismus nutzen die Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten als Waffe gegen die Entspannung. Sie interpretieren eingegangene Verpflichtungen willkürlich und vertragswidrig. Sie versuchen, einzelne Elemente der Schlußakte zum Gradmesser der Entspannung zu machen, negieren aber zugleich die untrennbar damit verbundenen Prinzipien der zwischenstaatlichen Beziehungen.

Das Politbüro des ZK der SED und der Ministerrat der DDR begrüßen und unterstützen die auf der Bukarester Tagung unterbreiteten Standpunkte und Vorschläge zur Beseitigung von Konfliktherden und der Lösung anstehender Probleme in anderen Regionen der Welt. Die DDR wird sich weiterhin allen Völkern und Ländern Afrikas, des Nahen Ostens, Asiens und Lateinamerikas in ihrem Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus sowie faschistische Unterdrückung, für die Stärkung der nationalen Unabhängigkeit, Frieden und sozialen Fortschritt verbunden fühlen und ihre internationalistischen Verpflichtungen konsequent erfüllen.

Die Bukarester Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses hat ein ohne Zweifel weitreichendes Programm zur Festigung des Friedens und der Sicherheit vorgelegt. Es wird außerordentlicher Anstrengungen aller demokratischen und friedliebenden Kräfte bedürfen, um es Schritt für Schritt im Leben zu verwirklichen. Das wird das konsequente Handeln der Volksmassen ebenso erfordern wie vielfältige politische und diplomatische Aktionen. Das Politbüro des ZK der SED und der Ministerrat der DDR sind überzeugt, daß die Ziele der Bukarester Tagung erfüllt werden, weil sie den Lebensinteressen der Völker entsprechen. Diese Zuversicht gründet sich sowohl auf die Erfahrung bei der Realisierung vorangegangener Friedensinitiativen der Staaten des Warschauer Vertrages, auf die Stärke und den Einfluß der dafür eintretenden Kräfte als auch darauf, daß diese Ziele realistisch und zeitgemäß sind.

Die Organisation des Warschauer Vertrages erweist sich erneut als entscheidender Faktor im Ringen um Frieden und Entspannung. Die Beschlüsse von Bukarest widerspiegeln den zutiefst humanistischen Geist sozialistischer Friedenspolitik.

Die Bukarester Tagung demonstrierte die Einheit und Geschlossenheit der Staaten des Warschauer Vertrages. Dieses einheitliche und geschlossene Handeln dient der Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit. Das Politbüro des ZK der SED und der Ministerrat der DDR begrüßen die auf dieser Tagung gefaßten Beschlüsse zur Vervollkommnung der Arbeit des Politischen Beratenden Ausschusses und seiner Organe.

Das Politbüro des ZK der SED und der Ministerrat der DDR danken der KPdSU, der Sowjetunion und Genossen Leonid Iljitsch Breschnew persönlich, deren unermüdliches und initiativreiches Wirken entscheidend dazu beigetragen hat, die bisherigen Fortschritte im Entspannungsprozeß zu erreichen, die Organisation des Warschauer Vertrages zu stärken und die Ergebnisse ihrer Bukarester Tagung zu erzielen.